



Foto: Jens Reinbold

Krellingen // Seite 3

Anwohner sind gegen F-Plan, der Ansiedlung von Gewerbe vorsieht

Anwohner wollen kein Gewerbegebiet

Die Neugestaltung des Flächennutzungsplans der Stadt Walsrode führt in Krellingen und Westenholz zu Protesten

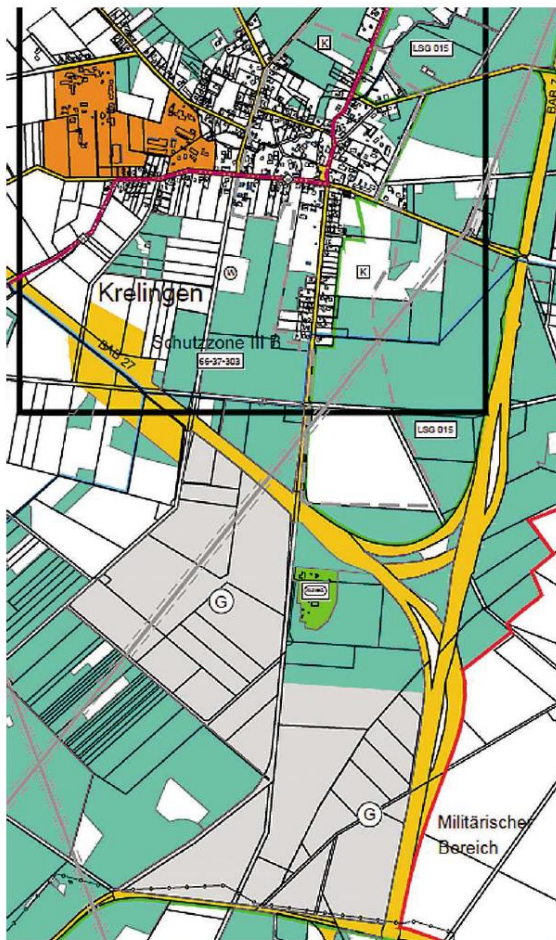
VON JENS REINBOLD

WALSRODE. Die Neugestaltung des Flächennutzungsplans der Stadt Walsrode, an dem seit mehreren Jahren gearbeitet wird, birgt in vielen Bereichen Vorteile. Es entsteht quasi eine Verlässlichkeit, wie und an welcher Stelle sich die Stadt und die Dörfer entwickeln können. Dazu gehören Vorrangflächen für Wohnbebauung, aber auch für Gewerbeflächen. Die wohl größte Änderung gibt es diesbezüglich im Bereich des Autobahndreiecks Walsrode: Der neue F-Plan sieht vor, dass zwischen den Ortschaften Krellingen und Westenholz ein Bereich für Gewerbeentwicklung entstehen könnte.

Am Montag stellten das Planungsbüro und Stadtverantwortliche die Grobpläne vor, und mehr als 100 Einwohner – vornehmlich aus Krellingen und Westenholz – hatten erheblichen Diskussionsbedarf, was diese Fläche mit einer Gesamtgröße von deutlich mehr als 100 Hektar betrifft. „Ich würde mir wünschen, dass die Stadtverantwortlichen nicht dem Trend hinterherhecheln, immer weiter größere Hallen ansiedeln zu wollen“, sagte eine Anwohnerin. Eine andere brachte die Argumentation ein, „dass dort zwei Autobahnen, der Schießstand der Kreisjägerschaft und der Truppenübungsplatz schon jetzt zu erheblichen Belastungen führen. Wozu ziehe ich dann noch aufs Land?“, wollte sie wissen.

Tatsächlich könnte eine dortige Gewerbefläche mit der Rodung erheblicher Flächen Wald einhergehen. Annähernd 100 Hektar der „grünen Lunge“ könnten einer Entwicklung dort zum Opfer fallen – auch wenn Ausgleichsflächen geschaffen werden müssten, die allerdings nicht unbedingt vor Ort entstehen. Das sei „rückwärtsgewandt“, befand eine Besucherin am Montagabend im Ratsaal.

Die Stadtverantwortlichen hatten alle Hände voll zu tun, ihr Vorhaben zu erklären. Von ursprünglich knapp 160 Hektar in den verschiedenen Gewerbegebieten der Stadt seien derzeit nur noch 17 Hektar verfügbar – auch wenn die Erweiterung etwa des A27-Parks („Schneede“) um rund 60 Hektar bereits anstehe. Vor diesem Hintergrund verwiesen die Verant-



Grüne Flächen und ein „G“ für Gewerbe: Südlich der Ortschaft Krellingen sind im F-Plan-Entwurf große Flächen für Gewerbeentwicklung ausgewiesen. Die Einwohner vor Ort sind mit den Planungen nicht einverstanden und bemängeln unter anderem den drohenden Waldverlust. Grafik: Stadt Walsrode

wortlichen immer wieder darauf, dass es um eine perspektivische Planung für die nächsten Jahrzehnte und nicht um konkrete Vorhaben ginge. „Aufgrund des F-Plans findet noch keine Bebauung statt“, sagte der Erste Stadtrat Andre Reutzel mit Blick auf das Krellinger

Gebiet, „wir wissen nicht einmal, ob die Eigentümer bereit sind, die Flächen zu verkaufen.“ Und Michael Süßmann, Leiter der Stadtentwicklung, ergänzte, dass die Planung nach erheblichen Abwägungen getroffen worden sei. „Trotz der Waldflächen überwiegen dort die

Vorteile aufgrund der Lage und der verkehrlichen Anbindung.“ Vor allem aber verwies er darauf, dass erst im Rahmen von noch zu erstellenden Bebauungsplänen festgesetzt wird, ob und welches Gewerbe sich dort ansiedeln kann. „Dann werden auch etliche Gutachten

KOMMENTAR

Es geht um Grundsätzliches, nicht (nur) um Krellingen

VON JENS REINBOLD



„Monsterhalten“, „Schreckensszenario“, dazu eine schwarze Heidschnucke mit Boxhandschuhen, die ein Schild mit der Aufschrift „Wehrt Euch“ trägt: Die Bürgerinitiative Krellingen-Westenholz setzt in einem Flugblatt gegen die Neugestaltung des Flächennutzungsplans Walsrodes vor allem auf Emotionen der Bürger. Es geht darum, „Stimmung zu machen“ gegen ein mögliches Gewerbegebiet zwischen den Autobahnen 27 und 7.

Der Verantwortliche dieses Blattes, der auf der Rückseite vermerkt ist, saß viele Jahre selbst im Rat. Er hatte für die Entwicklung des Gewerbegebietes „Große Schneede“ den Arm gehoben – also für „Monsterhalten“. Auch in Hörndlingen zierte er sich nicht, das dortige Gewerbegebiet mit zu beschließen. In Benzen und Hörndlingen, direkt an den Ortschaften, ist das ja scheinbar auch nicht so schlimm; nur mehr als einen Kilometer vom Ortskern des eigenen Heimatortes entfernt – da soll nun aber bitteschön „unser Dorf liebenswert bleiben“.

Das wirkt zumindest scheinbar heilig: Derzeit werden die Einnahmen der Stadt in Gewerbe- und Industriegebieten weit weg von Krellingen und Westenholz erwirtschaftet, die Einnahmen fließen jedoch auch in diese Dörfer. Damit die Feuerwehr gut ausgestattet ist oder etwa Vorhaben wie die Umgestaltung des Dorfplatzes in Krellingen vorgenommen werden können, werden diese Vorzüge einer kommunalen Struktur wie die der Stadt Walsrode geme genutzt. „Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass“ – das funktioniert nicht.

Womit man beim eigent-

lichen Problem ist: Der enorme Flächenverbrauch, die mögliche Rodung von fast 100 Hektar Wald, zusätzliche Verkehre – das ist keine Krellinger, sondern eine grundsätzliche Thematik, wenn es um die Marschrichtung der Stadt Walsrode geht. Rat und Verwaltung sind bisher – wie die benachbarten Kommunen auch – diesen Weg von riesigen Logistik-Ansiedlungen gegangen, um die Region wettbewerbsfähig zu halten. Ob der Preis dafür gerechtfertigt ist? Diese Frage zu stellen, ist nicht nur legitim, sondern unbedingt nötig; vor diesem (und nicht einem lokalpatriotischen) Hintergrund ist der Protest von Bürgern absolut nachvollziehbar.

Denn es wirkt in Zeiten, in denen Klima- und Umweltschutz ganz weit oben stehen, wie ein Anachronismus, riesige Flächen für Logistikler bereitzustellen, die kaum Gewerbesteuer zahlen und auf dem Arbeitsmarkt nur wenige, kaum attraktive Arbeitsplätze anbieten. Grundsteuer, dazu der Anteil aus der Einkommenssteuer – das bleibt in der Kommune hängen; keine Millionensummen, aber eben mehr als nichts. Doch die Verantwortlichen in Rat und Verwaltung haben kaum eine Wahl: Große Produktionsbetriebe würden sie mit Kuschhand nehmen, aber diese machen trotz aller Bemühungen der Wirtschaftsförderung (bisher) einen Bogen um die Region; auf Logistikunternehmen hingegen entfaltet der Heidekreis aufgrund seiner Lagegunst eine beachtliche Anziehungskraft.

Das ist ein Dilemma: Der Weg der Stadtverantwortlichen erscheint nicht unbedingt innovativ, ist aber wohl angesichts der Voraussetzungen alternativlos – es sei denn, Bürger wären einverstanden, dass immer weniger Geld für gewohnte Strukturen zur Verfügung steht, die auch das Leben auf dem Dorf attraktiv gestalten.

bezüglich Lärm, Geruch und Verkehr zu erstellen sein“, und erst dann stehe fest, ob und welche Entwicklung dort konkret möglich sei.

Bis Montag, 18. November, haben Bürger noch Zeit, im Rahmen des Auslegungsverfahrens „Einwendungen gegen die Neuaufstellung

des F-Plans vorzubringen. Reutzel rechnet damit, dass der Rat dann im ersten Halbjahr 2020 konkrete Beschlüsse fasst. Aus Verwaltungssicht indes ließe er an der Umsetzung kaum Zweifel. Die Stadtentwicklung wird davon nicht abrücken“, sagte der Erste Stadtrat.